

Editorial

Liebe lesende Menschen,

das Sommersemester ist im vollen Gange. Schon bald müsst ihr eure ersten Klausuren schreiben und die erste Hausarbeit abgeben. Um euch ein bisschen von eurem Studium abzulenken, haben wir euch einige interessante Themen rund um Göttingen und unsere Uni zusammengetragen.

Wir als Juso-Hochschulgruppe blicken in dieser Ausgabe nicht nur auf unsere eigene Hochschulpolitik, sondern auch auf die des derzeitigen AStA (S. 1). Zudem schauen wir auf die christlichen Fundamentalist*innen der Gruppe „R21“ an dieser Universität (S. 3). Auch die gewalttätigen Übergriffe von Nazis in Göttingen (S. 5) sind ein Thema in dieser Ausgabe. Einen Bericht und unsere Einschätzung zur BAföG-Reform könnt ihr auf Seite 7 finden. Passend zur Klausurenphase haben wir für euch einen Artikel über Uni-Stress und zu Anlaufstellen wie der PSB geschrieben, bei denen ihr Hilfe in Stresssituationen erhalten könnt (S. 4). Wenn ihr die Klausuren erfolgreich gemeistert habt, stehen die Semesterferien vor der Tür. Welche Möglichkeiten ihr habt, um einen schönen Sommer hier in Göttingen zu verbringen, könnt ihr auf Seite 8 nachlesen.

Falls ihr euch für unsere Hochschulgruppe interessiert, könnt ihr uns gerne auf Facebook und Instagram folgen. Zunächst aber wünschen wir euch ein erfolgreiches Semester, eine stressfreie Prüfungsphase und vor allem viel Spaß beim Lesen!

Eure Juso-Hochschulgruppe

Ein neuer alter AStA:

„Gehen sie weiter, hier gibt es fast nichts zu sehen!“



Nach langen Verhandlungen wurde Anfang April und im Mai schrittweise ein AStA (Allgemeiner Studierenden-ausschuss) gewählt. Dieser besteht, ähnlich wie im letzten Jahr, aus Referent*innen der Gruppen ADF und LHG. Diese wurden mithilfe der Stimmen des RCDS in ihr Amt gewählt. Im letzten Jahr haben wir als Juso-Hochschulgruppe einiges zu kritisieren gehabt: ein schlecht organisiertes Campusfestival, unnötig hohe Personalkosten, Angst des AStA sich gegen Nazis auszusprechen, fehlende Transparenz, ... Auch dieses Jahr ist wieder zu befürchten, dass sich der AStA nur halbherzig für uns Studierende einsetzt. Dieser Artikel soll die Anzeichen dafür näher beleuchten und unsere Antworten darauf aufzeigen.

Ein Blick auf die Personalstruktur

Der AStA besteht dieses Jahr aus den 5 Pflichtreferaten Vorsitz, Finanzen, Soziales, Hochschule und Außen. Es besteht die Möglichkeit, zu Beginn je-

der Legislatur zusätzliche Referate einzurichten. Dagegen sträubt sich allerdings insbesondere die ADF. Über zusätzliche Referate besteht die Möglichkeit, ein inhaltliches Augenmerk auf bestimmte Themen zu richten. Die ADF und LHG verstehen sich als Servicegruppen, das heißt sie möchten eine Anlaufstelle für Studierende darstellen und sie in ihrem Alltag unterstützen. Inhaltliche und politische Arbeit wird dabei vernachlässigt.

Das zeigt sich auch beim Aufbau der einzelnen Referate. Der Fokus liegt hier hauptsächlich auf der Verwaltung des AStAs. Bei den Referaten Vorsitz und Finanzen wundert das wenig. Das Vorsitz Referat ist darauf ausgelegt, den AStA nach außen zu vertreten und die Semestertickets auszuhandeln. Das Finanzreferat ist dafür da, den Haushaltsplan zu entwerfen und anschließend darauf zu achten, dass dieser Plan auch eingehalten wird. In den anderen Referaten ist jedoch inhaltliche Arbeit grundsätzlich möglich. Das Sozialrefe-

rat ist bspw. eure Anlaufstelle, wenn ihr Fragen zum Thema Studienfinanzierung, Wohnen oder Probleme mit Prüfungsdruck habt. Deswegen gibt es in diesem Referat zwei Sozialberatungsstellen, die die Referentin bei Sozialberatungen unterstützen. Zusätzlich ist in diesem Referat, wie in allen Referaten, eine Unterstützungs-Sachbearbeiter*innenstelle angesiedelt. Gerade in diesem Referat ist sehr viel inhaltliche Arbeit möglich. Man kann sich bspw. mit Diversitäts-Themen befassen. Die Sachbearbeiter*innenstelle zum Thema Diversität wurde allerdings dieses Jahr nicht eingerichtet. In diesem Themenbereich könnte man Aufklärung durch Publikationen oder Vorträge betreiben. Man kann an institutionellen Stellen der Universität für Trans*-Menschen sensibilisieren oder eine Beratung speziell für solche Themen durchführen. Ähnliches ist natürlich auch mit anderen sozialen Themen möglich.

Das scheint aber nicht der Fokus dieses AStA zu sein. Das Außenreferat ist dazu da, sich mit den Studierendenschaften anderer Universitäten zu vernetzen. Darüber hinaus ist hier die Veranstaltungsplanung angesiedelt. Welche Veranstaltungen dieser AStA plant, wird später beschrieben. Das einzige Referat, in dem im Entferntesten inhaltlich gearbeitet wird, ist das Hochschulreferat. Dieses soll sich für verbesserte Studienbedingungen einsetzen und die Stimme der Studierenden gegenüber der Universität vertreten. Hier gibt es je eine halbe Stelle für die Themen Initiativförderung, Erstbetreuung, Nachhaltigkeit und Digitalisierung. Allerdings ist auch hier zu erwarten, dass inhaltlich nicht viel zustande kommen wird, da eine halbe Stelle in etwa 5 Stunden Arbeitszeit in der Woche bedeuten. Wie das Thema Nachhaltigkeit bspw. in nur 5 Wochenstunden sinnvoll beispielbar ist, ist fragwürdig. An der Struktur des AStA kann man also durchaus erkennen, dass in dieser Legislatur mit nicht allzu vielen inhaltlichen Vorstößen zu rechnen ist.

Wenig Inhalt, viel Ideenlosigkeit

In den Vorstellungen und Befragungen

während der Wahlen der Referent*innen haben nahezu alle gewählten Personen keine umfassenden Beschreibungen ihrer zukünftigen Tätigkeiten abgegeben. Auch auf Rückfragen haben sie häufig darauf verwiesen, dass sie sich erst einarbeiten müssten, um Aussagen über die kommende Arbeit treffen zu können. Natürlich ist es nicht notwendig, dass man vor der eigenen Wahl die gesamte Legislatur voraussagen kann. Aber eine Hochschulgruppe, die so viele Sitze im Studierendenparlament bekommt, sollte sich bei einer AStA Bildung klare Ziele und Projekte vornehmen. Dies ist vor allem bedeutsam, da die Referent*innen und ihre Unterstützungsstellen in diesem AStA meist die einzigen Personen sind, die inhaltliche Arbeit vorantreiben können.

Wie schon beschrieben versteht sich

Was erwartet uns?

„Die Struktur des AStA lässt erkennen, dass nicht mit inhaltlichen Vorstößen zu rechnen ist.“

der derzeitige AStA als serviceorientiert. Der AStA bietet seit Jahren Services wie ein zinsloses Sofortdarlehen, eine kostenlose Rechtsberatung oder die Rückerstattung von den Kosten für das Semesterticket an, sofern eine finanzielle Härte vorliegt. Dies führt der aktuelle AStA weiter. Allerdings hat es Anträge der Juso-HSG gebraucht, um das Darlehen von 60€ auf 100€ zu erhöhen und die Anzahl der möglichen Rückerstattungen pro Semester von 120 auf 150 zu erhöhen. Von Eigeninitiative fehlte hier jede Spur. Darüber hinaus bietet der AStA eine Initiativförderung an. Hochschulgruppen können sich an den AStA wenden, wenn sie finanzielle Unterstützung bei der Durchführung von Veranstaltungen benötigen. Dafür hat der AStA dieses Jahr 15.000€ bereitgestellt. Diese Summe erscheint uns als unnötig hoch, nachdem im letzten Jahr die für diesen Bereich angesetzten 14.000€ schon nicht vollständig ausgeschöpft werden konnten.

Darüber hinaus plant der AStA eine

Comedyveranstaltung, eine Kabarettveranstaltung, eine Kinoveranstaltung, einen Weihnachtsmarkt und einzelne weitere Veranstaltungen für insgesamt 27.700€. Als Vergleich dazu sind für inhaltliche Projekte im Bereich Hochschulpolitik, Soziales und Außen nur 10.500€ vorgesehen. Auch hier wird deutlich, dass dieser AStA lieber wenige Großveranstaltungen organisiert, als politische Bildung oder Diskussionen in anderen Themenbereichen zu veranstalten. Interessant ist hier auch, dass es zur Bewerbung der Europawahlen nur an einem Tag einen Stand im Mensa Foyer gab. Es gab keine weiteren Infoveranstaltungen oder Wahlauftritte - und das, obwohl das StuPa den AStA mit der Durchführung einer Wahlinfoveranstaltung beauftragt hat. Das bedauern wir als Juso-HSG sehr!

Es ist natürlich kein Problem, große Kulturveranstaltungen durchzuführen, die die große Masse ansprechen sollen. Wir bedauern jedoch das fehlende Gleichgewicht aus inhaltlicher und kultureller Arbeit. Große Come-

dy-Veranstaltungen sind dabei kein fehlernder Teil in Göttingens Kulturlandschaft, wie der Terminkalender der Lok-Halle verrät. Vorträge oder Seminar zu aktuellen Themen fehlen im Studium dagegen weitestgehend.

Wie wir als Juso-HSG in dieser Legislatur dagegenhalten wollen

Es zeigt sich also, dass der diesjährige AStA seinen Fokus hauptsächlich auf die Verwaltung der bestehenden Angebote setzt, statt inhaltliche Veranstaltungen durchzuführen. Wir werden uns dieses Jahr also umso mehr dafür einsetzen, im StuPa den AStA zu kontrollieren und zu befragen, sowie seine Arbeit durch inhaltliche Anträge zu beeinflussen. Darüber hinaus planen wir selbst eine Veranstaltungsreihe, die das aktuell heiß diskutierte Thema Sozialismus aufgreifen soll (weitere Infos folgen). Alles in allem können wir dem fehlenden Engagement der AStA-tragenden Gruppen also nur unser Engagement entgegenzusetzen. Und das werden wir tun!

Sodom und Gomorrha an der Uni Göttingen?

Oder wie eine Hochschulgruppe christlichen Fundamentalismus in unseren Hörsälen propagiert

Es ist der 29. November 2018, schon auf der Straße vor dem Auditorium hört man immensen Lärm. Die Göttinger Hochschulgruppe „Reformatio 21“ hat zu einer Veranstaltung geladen. Unter dem Titel „Gehört der Islam zu Deutschland?“ will der Christ Abdul Memra referieren. In den nächsten zwei Stunden muss sich das Publikum Aussagen anhören, wie „Der Islam sei im Gegensatz zum Christentum nicht mit dem deutschen Grundgesetz vereinbar“ oder „Frauen dürfen natürlich nicht in der Kirche lehren“. Die meisten Aktivist*innen im Raum kann es kaum auf ihren Stühlen halten. Zwar wurde eine „Diskussionsrunde“ zum Ende angekündigt, doch solche Aussagen können nicht ohne Widerspruch im Raum stehen gelassen werden. Denn ein christlicher Glaube, wie ihn R21 vertritt, ist nicht mit dem Grundgesetz vereinbar. Er ist diskriminierend, sexistisch, rassistisch und leugnet an vielen Stellen wissenschaftlichen Konsens.

Allein der Titel dieser Veranstaltung bezeugt das. Es wird vorausgesetzt, dass es die Möglichkeit gibt, die Frage „Gehört der Islam zu Deutschland?“ mit „Nein“ zu beantworten - was einfach ignorant und kompletter bullshit wäre. Erstens kann diese eine kleine HSG nicht entscheiden, was zu Deutschland gehört und was nicht. Zweitens kann auch der rechteste aller Nazis nicht leugnen, dass es mehr als eine handvoll deutsche Staatsbürger*innen gibt, die dem Islam angehören.

Fragwürdig ist auch, was passiert wäre, hätte es keinen Protest an diesem Abend gegeben. Hätte der R21 auf die Frage mit „Nein“ geantwortet? Wäre bei einigen ihrer diskriminierenden Aussagen zu Islam und Moslems auf jeden Fall zu denken. Wie soll ein deutscher Staat, in dem

dieser Konsens herrscht, dann ihrer Meinung nach aussehen? Soll der Islam komplett verboten werden? (Ach ja, die Religionsfreiheit!) Soll er ihn in eine Ecke Deutschlands schieben und abschotten? Soll er alle, die ihm angehören, aus dem Land prügeln? Doch zum Austausch dieser islamfeindlichen Fantasien kam es, dank der Aktivist*innen (solidarische Grüße an Euch!), nicht.



Nach diesem Reifall folgte eine weitere Veranstaltung im Mai, bei der es um Schwangerschaftsabbrüche gehen sollte. Jedoch stand ganz überraschenderweise nur ein bekennender Abbruchgegner auf der Bühne. Die Veranstaltung war ohne jede (wissenschaftliche) Reflexion darauf ausgelegt, Abbrüche zu verteufeln. Schwangerschaften als Resultat von Vergewaltigungen? Gibt es nicht! Selbstbestimmung über den eigenen Körper? Man bestimmt über den Körper seines Kindes, nicht über den Eigenen! Überforderung mit dem Thema Schwangerschaft als Ganzes (aus welchem Grund auch immer)? Niemand wird gezwungen Sex zu haben! Für solche Argumentationen ist R21 bekannt.

Wir hofften, es würde um die Gruppe etwas ruhiger werden. Doch leider war dem nicht so. Den neusten (und verdienten) Shitstorm ertete die Gruppe für einen Facebook Post zum Internationalen Tag gegen Homo-/

Trans-/Inter-Phobie. Als Reaktion auf eine Aktion der Basisgruppe Theologie vor dem Theologicum schrieben sie, dass sie nicht glauben könnten, wie gerade Theolog*innen Verhaltensweisen à la Sodom und Gomorrha tolerieren könnten. Sie bezeichneten die Kommiliton*innen dann weiterhin als heuchlerisch, gottesfern und gesetzeslos. Es lässt sich ernsthaft die Frage stellen, woher sich diese Gruppe ihren Anspruch auf Definitionsmacht über das Theolog*in-Sein herleitet. Vorauszusetzen, dass alle Theologie Studis christlich sind, ist wohl ihr erster Fehler. Dann aber auch noch eine unglaublich veraltete Auslegung der Bibel zu propagieren und im übrigen auch alle Menschen, die abseits der heteronormativen Binarität leben, zu diskriminieren, sollte innerhalb einer Universität eine untragbare Haltung

sein.

Und wen, liebe R21, nennt ihr überhaupt heuchlerisch? Andere Christ*innen beleidigen und angreifen ohne selbst zu verstehen, dass es ein Widerspruch ist, sich auf Luthers „solo christus“ (allein Christus) zu berufen und die Grundlage seines Handelns, die Nächstenliebe, nicht umsetzen zu wollen. Das ist heuchlerisch! Sich über linke Veranstaltungen zu echauffern, die vermeintlich nicht pluralistisch genug seien, aber eigene Formate mit nur einem*r Referent*in ohne große Diskussionsmöglichkeiten veranstalten. Das ist heuchlerisch! In die eigenen Werte schreiben, dass man einen wertschätzenden Umgang mit der Meinung anderer wolle, aber Kritiker*innen aus Veranstaltungen schmeißen lassen. Das ist heuchlerisch! Behaupten, man wolle allen Menschen Hoffnung vermitteln, aber Frauen* im nächsten Atemzug deutlich sagen, dass sie auf Grund ihres Geschlechts weniger Möglichkeiten

haben und das dies so okay sei. Das ist heuchlerisch!

Reformatio 21 ist für uns der Beweis, warum christlicher Fundamentalismus an unserer Uni (und überall) nichts zu suchen hat. Wer denkt, dass jede Zeile der Bibel unfehlbar sei und

es nicht schafft, sich historisch-kritisch mit ihr auseinander zu setzen, kann unmöglich in wissenschaftlichen Einrichtungen geduldet werden! Das sehen im übrigen auch das Studierendenparlament und der theologische Fakultätsrat so.

Wir sagen: Nichts lieber als pluralistische Veranstaltungen an unserer Uni, aber bitte, liebes Präsidium: Keine Bühne für Fundamentalist*innen, Sexist*innen, Wissenschaftsleugner*innen oder homofeindliche Arschlöcher.

Ganz schön stressig! Der Druck auf Studierende wächst

Draußen scheint die Sonne, das Wetter ist super, die Freund*innen machen sich auf den Weg zum Freibad – nur du musst wieder büffeln, kannst dich kaum konzentrieren und leidest unter Kopfschmerzen. Klausuren- bzw. Prüfungsphasen haben ihre ganz eigene Dynamik und bereiten vielen Studis, spätestens seit der Bologna-Reform und den Bachelor-/Master-Studiengängen, einige Sorgen. Was es mit dem Krankheitsbild „Stress“ auf sich hat, wie man selbst dagegen vorgehen kann und wann es vielleicht Zeit ist, sich professionelle Unterstützung zu suchen, wollen wir euch an dieser Stelle aufzeigen. Ein Beispiel für eine solche Hilfe sowie die politische Dimension des Phänomens soll natürlich ebenfalls nicht zu kurz kommen.

Was allgemein als Stress bezeichnet wird, ist meist eine chronische und zuweilen problematische Form einer ansonsten völlig natürlichen und überlebenswichtigen Reaktion des

Körpers auf einen externen Auslöser (Stressor). Stressoren sind individuell abhängig und können unterschiedlich starke Reaktionen bei jeder*m Einzelnen hervorrufen. Chronischer Stress wiederum kann positiv, also leistungssteigernd wirken, oder aber negative – also belastende – Konsequenzen haben.

Wenn wir also z.B. vor einer mündlichen Prüfung stehen, sind der leicht erhöhte Herzschlag und die schwitzigen Hände zunächst einmal nichts weiter als eine körperliche Reaktion darauf, dass sich der Organismus in einer Form Alarmbereitschaft befindet. Solche Reaktionen sind überlebensnotwendig und keinesfalls problematisch. Es kann aber auch passieren, dass solche Reaktionen sehr stark ausfallen und sich auf die allgemeine Verfassung – bis hin zu Kreislaufzusammenbrüchen – auswirken können. Solche Prüfungsangst ist nicht zu unterschätzen. Hier bietet



es sich an, sich professionelle Hilfe zu suchen. Die Psychosoziale Beratungsstelle (PSB) als ein Beispiel für eine solche Anlaufstelle. Diese haben wir im untenstehenden Infokasten näher beschrieben.

Beratungsstellen an der Uni

In Göttingen gibt es mit der Psychosozialen Beratungsstelle (PSB) des Studenten*werks [sic!] eine unverbindliche, aber professionelle Anlaufstelle für „Hilfe bei Studienschwierigkeiten und persönlichen Krisen“. Dabei gilt neben der selbstverständlichen Schweigepflicht auch, dass vorurteilsfrei und von Expert*innen zu einem breiten Beratungsangebot Unterstützung geboten werden kann. Solltet ihr also psychische Probleme (z.B. Stress) im Studium oder auch darüber hinaus haben, könnt ihr einfach zur PSB gehen und euch dort kostenfrei beraten lassen.

Obwohl die Auslastung der PSB nach eigenen Angaben seit Jahren hoch ist und noch immer steigt, steht die Finanzierung von Seiten des Studiwerks auf dem Prüfstand. Ein Wegfall des Angebots käme einem Totalversagen gleich und muss verhindert werden! Wir setzen uns dafür in den Gremien des Studiwerks und darüber hinaus auch bei der Universität dafür ein, eine Finanzierung langfristig sicherzustellen und dieses Beispiel für ein Sparen am falschen Ende zu verhindern. Gute Beratung muss auch weiterhin niedrigschwellig, kostenfrei und professionell den Studierenden zur Verfügung stehen!

Ein anderes Problem kann chronischer, also zeitunabhängiger Stress sein. Wenn ihr während des Studiums ständig das Gefühl habt, zu versagen, euch häufig mit Kopf- oder Gliederschmerzen arrangieren müsst oder Konzentration und guter Schlaf euch schwerfallen, könntet ihr betroffen sein. Einfache Floskeln von „Entspann' dich doch mal!“ oder „Es kommen auch bessere Zeiten!“ helfen da meist nicht mehr weiter. Auch hier bietet sich der Gang zu einer unverbindlichen Beratungsstelle wie der PSB an. Es ist wichtig, sich bewusst zu machen, dass Stress kein Nischenphänomen oder individuelles Wehwechen ist. Es ist eine Krankheit und sollte als solche behandelt werden.

Stressig wird es vor allem in den Prüfungsphasen, wenn Abgabefristen nahen und Klausurtermine anstehen. Scheut euch nicht davor, gerade in so einer Zeit zur PSB oder zu einer ähnlichen Anlaufstelle zu gehen. Ihr habt außerdem die Möglichkeit unter bestimmten Umständen einen Härtefall-

antrag für längere Schreibzeiten bei eurem Prüfungsamt zu stellen. Falls ihr dazu Fragen habt, könnt ihr euch dort gerne erkundigen.

Wir als Juso-Hochschulgruppe sehen die zunehmende Verschulung und

Psycho Soziale Beratung

Ökonomisierung des Studiums als mitverantwortlich für das steigende Stressempfinden an. Regelstudienzeit, BAFöG-Regularien, vorgegebene Stundenpläne und Anwesenheitspflichten tragen alle dazu bei, dass wir das Studium auf das Wesentliche reduzieren müssen. Unser Engagement gegen diese Mechanismen, die als Stressoren wirken, müssen wir

umso konsequenter an Politik und Unileitung herantragen. Wir brauchen eine Abkehr von der Doktrin der Regelstudienzeit und eine Entkopplung von dieser bei der BAFöG-Bezugsdauer.

Bis es zu diesen Verbesserungen kommt, müssen wir jedoch kurzfristig die Angebote vor Ort erhalten und ausbauen, die den Betroffenen dabei helfen, mit Stress und seinen Folgen besser klarzukommen. Vor allem die unverbindlichen Beratungsangebote sowie Kurse zum besseren Stressmanagement - z.B. bei der Zentralen Einrichtung für Sprachen und Schlüsselqualifikationen (ZESS) - müssen finanziert und langfristig gesichert werden.

Für die nun kommende Prüfungsphase wünschen wir euch ein gutes Gelingen, viel Erfolg und die Erkenntnis, dass ihr mit euren Belastungen nicht alleine seid. Wenn es euch zu viel wird, geht den Weg zu einer Beratung, lasst euch unter die Arme greifen oder tauscht euch mit Kommiliton*innen aus.

Kein Bier für Nazis!

Göttinger Gastronom*innen verwehren Rechtsradikalen Zutritt

Eigentlich ist Göttingen allseits, besonders aber bei den örtlichen Rechten, als „rote“ Stadt bekannt, und eigentlich weiß auch jede*r Nazi, dass er oder sie es sich hier nicht erlauben kann, rechtsextrem in Erscheinung zu treten.

Seit Ende letzten Jahres hatten wir es in Göttingen aber vermehrt mit Übergriffen aus der rechtsextremen Szene zu tun. Eine kleine Gruppe von ungefähr zehn Personen, darunter auch Stududierende unserer Uni, mit Verbindungen zum Neonazi Thorsten Heise von der NPD provoziert und pöbelt in Göttinger Kneipen, Bars und Cafés. Diese gehen sogar so weit, den Hitlergruß zu zeigen und Gäste tätlich anzugreifen. Im letzten November wurden zum Beispiel zwei Männer am Theaterplatz homophob beleidigt und verprügelt. In diesem März zerrte eine Gruppe rechter Schläger außerdem zwei Männer aus der Sonderbar in der Kurzen Straße und prügelten auf sie auf offener Straße ein.

Um zu zeigen, dass wir uns nicht bieten lassen werden und um zu verhindern, dass sich so ein Verhalten in unserer Stadt als normal etabliert, haben wir uns als Juso-HSG an der Demonstration gegen faschistische Umtriebe am 30.03.2019 beteiligt. Etwa 1000 weitere Menschen beteiligten sich auch auf der Demo.

Es gibt aber natürlich noch mehr Arten, Nazis zu begegnen und zu zeigen, dass ihre Aktivitäten in Göttingen nicht geduldet werden. Göttinger Wirt*innen haben nun auch hier vor Ort eine „Kein Bier für Nazis“-Initiative, angelehnt an die traditionsreiche „Kein Kölsch für Nazis“-Kampagne aus Köln, gegründet. Verschiedenste Göttinger Gastronomiebetriebe sind mittlerweile ein Teil davon, wie das Salamanca, das Thanners oder die Sonderbar. Die Initiative will ihr Netzwerk weiter ausbauen und ist offen für die Teilnahme aller Arten von gastronomischen Betrieben - egal ob Café, Kiosk oder Restaurant. Die Initiative



möchte damit Menschen jeder Herkunft in ihren Kneipen willkommen heißen und ihnen im Fall von Übergriffen Unterstützung zusichern. Dabei will die Initiative von ihrem Hausrecht Gebrauch machen und Nazis auf die Straße setzen.

Wir stehen solidarisch mit den Göttinger Wirt*innen – in Göttingen ist kein Platz für Nazis, und wir lassen nicht zu, dass sie sich hier breitmachen.

Studiwerksbeitrag und Mieten erhöhen? Nicht mit uns!

Das Studentenwerk [sic!] Göttingen betreibt viele Wohnheime in Göttingen, so auch das Wohnheim in der Robert-Koch-Straße. Dieses Gebäude muss umgehend saniert werden, da es nicht den aktuellen Baustandards entspricht. Diese Feststellung erfolgte relativ überraschend für das Studiwerk, sodass es die Kosten dafür nicht eingeplant hat. Um die Sanierungskosten zu decken, sollen die Mieten jedes Studiwerkswohnplatzes um 10€ pro Monat angehoben werden. Außerdem soll der Studiwerksbeitrag, den alle eingeschriebenen Studierenden mit ihrer Rückmeldung bezahlen, schrittweise in den nächsten drei Semestern um insgesamt 30€ pro Semester angehoben werden.

So viel zu den Fakten. Doch wie bewerten wir als Juso-HSG diesen Umstand? Grundsätzlich befürworten wir jede Sanierung von Wohnheimen. Gerade die älteren Gebäude des Studiwerks sind bereits in einem nicht akzeptablen Zustand. Das sollte jedoch nicht von den Studierenden und Bewohner*innen aufgefangen werden müssen. Studierendenwerke haben die Möglichkeit und die gesetzliche Aufgabe, auf überlasteten Wohnungsmärkten günstigen und sozial verträglichen Wohnraum für uns anzubieten. Dies ist grundsätzlich möglich, da sie dafür neben dem Beitrag der Studierenden auch Landesmittel zugewiesen bekommen.

Hier werden allerdings lange nicht genug Mittel abgerufen bzw. zur Verfügung gestellt. Zwar haben sich CDU und SPD im niedersächsischen Koalitionsvertrag vorgenommen,

ein Sofortprogramm für Sanierungen und Neubauten von Wohnheimen einzurichten. Passiert ist das aber noch nicht, obwohl sich schon jetzt abzeichnet, dass der Bedarf an Wohnraum und die damit verbundenen hohen Mietkosten Studium in niedersächsischen Hochschulstädten zunehmend erschweren. Auch sonst ist keine Erhöhung der Finanzierung

mobilisieren, hat sich ein Aktionsbündnis aus diversen Hochschulgruppen und studentischen Initiativen zusammengetan. Auch wir als Juso-HSG sind Teil dieses Bündnisses und fordern das Studiwerk Göttingen dazu auf, die Semesterbeiträge und Mieten nicht weiter anzuheben. Um die Sanierung des Wohnheims in der Robert-Koch-Straße dennoch richtigerweise durchführen zu können, fordern wir die Landesregierung, und insbesondere die SPD, dazu auf, für die Studierenden einzutreten und eine ad hoc-Finanzierung zu ermöglichen. Es sollte möglichst zeitnah das im Koalitionsvertrag vereinbarte und für die Sanierung von Wohnheimen vorgesehene Sofortprogramm verabschiedet werden. Weiterhin fordern

wir die schnellstmögliche dauerhafte Erhöhung der Landesmittel für die Studierendenwerke um 25%. Zusätzlich sollten die Zuschüsse jährlich pauschal um 3% erhöht werden, um laufende Preissteigerungen zukünftig automatisch auffangen zu können.

Der Semesterbeitrag

Der Semesterbeitrag setzt sich aus drei Komponenten zusammen: dem Studierendenschaftsbeitrag, dem Studentenwerksbeitrag und dem Verwaltungskostenbeitrag. Der Studierendenschaftsbeitrag setzt sich zusammen aus 9€, die an den AStA gezahlt werden, sowie den Semestertickets. Diese werden von allen Studierenden bei den Hochschulwahlen in den Urabstimmungen abgestimmt und können daher auch wegfallen. Der Studentenwerksbeitrag lag nach Abschaffung der Studiengebühren 2015 bei 62€ und wurde 2017 auf 77€ angehoben. Nun soll er schrittweise auf 107€ erhöht werden. Der Verwaltungskostenbeitrag liegt seit Jahren bei 75€, gehört aber unserer Meinung nach abgeschafft. Mit Abschaffung der Studiengebühren hätte auch dieser Beitrag abgeschafft werden sollen, da er indirekt auch eine Studiengebühr an die Uni darstellt.

der Studiwerke in Sicht. Stattdessen wird hier vor Ort nun das Geld von den Studierenden eingeholt. Nach der Beitragserhöhung 2016 und der großen Mieterhöhung des Studiwerks 2017 sollen nun erneut Mieten und Studiwerksbeitrag angehoben werden.

Das Studiwerk bezieht etwa 4.7 Mio. € durch den Studentenwerksbeitrag - also durch uns - und 3.7 Mio. € über Landeszuschüsse. Damit tragen im Endeffekt mehrheitlich die Studierenden das Studiwerk und nicht das Land. Das geht unserer Meinung nach nicht. Eine Uni, in der es keine Studiengebühren gibt, sollte sich auch nicht über die Studierenden finanzieren. Das gilt auch für die Studierendenwerke.

Um gegen dieses Verhalten der Landesregierung und des Studiwerks zu

Impressum:

Auflage: 2000
V. i. S. d. P.: Jakob Fitzer
Recherche & Archiv: Bob Andrews

Kontakt:
Juso-Hochschulgruppe
Nikolaistraße 30
37073 Göttingen

 www.linke-kraft.de
 jusohsg.goettingen@gmail.com
 [@jusohsg.goe](https://www.instagram.com/jusohsg.goe)
 [@JusoHSG.goe](https://www.facebook.com/JusoHSG.goe)

Da geht mehr – warum die BAföG Reform noch lange nicht genug ist

Die gute Nachricht zuerst: Diejenigen unter euch, die BAföG bekommen, kriegen bald mehr davon. Und wer es noch nicht bekommt, hat demnächst vielleicht einen Anspruch darauf.

Nicht übel! Aber was ändert sich jetzt eigentlich und auf wie viel Euro mehr könnt ihr hoffen?

Das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) ist nicht nur ein fantastisches Wort fürs Galgenraten, es stellt auch für viele Studierende die Grundlage ihres Studiums dar. Seit fast 50 Jahren ermöglicht es, besonders den Kindern von weniger wohlhabenden Eltern, den Besuch einer Hochschule. Damit stellt das BAföG ein Fundament für die Bildungsgerechtigkeit und die Chancengleichheit in Deutschland dar. Je weniger Geld deine Eltern dir zur Unterstützung geben können, desto mehr bekommst du vom Staat. Eigentlich kein schlechtes Prinzip, allerdings läuft es in der Realität meistens nicht so glatt.

Was genau hat es mit dieser BAföG-Reform jetzt eigentlich auf sich, und was steht da so drin?

Beschlossen wurde das Ganze Mitte Mai vom Bundestag, in Kraft treten wird es mit Beginn des Wintersemesters im Oktober. Der Förderungshöchstsatz steigt dabei von heute 735 Euro auf 861 Euro bis 2020. Die größte Veränderung in dieser Summe stellt der Wohnzuschlag dar. Dieser steigt von 250 auf 325 Euro. Zudem sollen mehr Menschen BAföG erhalten können, da die sogenannten Einkommensfreibeträge steigen und auch eure finanziellen Rücklagen größer sein dürfen. Zuletzt sank die Anzahl der BAföG Beziehenden stetig. 2018 waren dies nur noch 18 Prozent aller Studis in Deutschland. Und sonst? Solltet ihr Kinder haben, steigt der Betreuungszuschlag für diese leicht. Außerdem bleiben Studis, die sich um ihre schwerst pflegebedürftigen Eltern kümmern, länger förderungsbe-rechtigt. Und solltet ihr nicht familien-versichert sein, bekommt ihr zudem einen erhöhten Zuschlag für die Kosten eurer Krankenversicherung.



Leider sind diese Erhöhungen letztendlich aber nichts anderes als eine Anpassung des BAföG Satzes an die Inflation und damit leider nicht das, was dieses Gesetz benötigt: eine vollständige Reform. Denn in seiner aktuellen Form ist das BAföG nicht in der Lage, seine eigentliche Funktion zu erfüllen, nämlich Bildungsgerechtigkeit herzustellen und allen Menschen ein selbstbestimmtes Studium ohne Existenzängste zu ermöglichen.

Selbst mit der Erhöhung der Bedarfsätze bleiben diese nach wie vor realitätsfern, was auch eine Erhebung vom Deutschen Studentenwerk (DSW) belegt. Die Erhöhung des Wohnzuschlages wirkt auf den ersten Blick beträchtlich, ist aber nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Auf überhitzten Wohnungsmärkten wie in Göttingen übersteigen die Mieten für ein WG-Zimmer ohne Probleme die 325 Euro. Die freie Wahl der Hochschule ist so, besonders für Studierende aus einkommensschwachen Familien, nicht gewährleistet. Steigende Mieten führen auch dazu, dass Studierende andere Ausgaben kürzen müssen. So wird teilweise bei Lernmitteln oder Nahrungsmitteln gespart. Das begünstigt weder den Erfolg des Studiums, noch die Gesundheit.

Um den Geldmangel auszugleichen, gehen viele Studis arbeiten, was wie-

derum dazu führt, dass diese die Regelstudienzeit nicht einhalten können – und ihr Förderungsanspruch somit komplett entfällt. Die Regelstudienzeit entspricht nicht der Durchschnittsstudienzeit, die meisten benötigen mehr Semester. Das geforderte „über den Tellerrand blicken“ kann so nicht stattfinden. Nicht zuletzt deshalb setzt sich die Juso-HSG für die Abschaffung der Regelstudienzeit und damit verbunden die Abkopplung von Studienzeit und BAföG-Bezugsrecht ein.

Auch Studis, die ihre Eltern oder andere nahe Verwandte pflegen, wird durch die BAföG-Novelle nur bedingt geholfen. Zwar werden diese auch nach Ablauf der Regelstudienzeit gefördert, einen finanziellen Zuschuss gibt es dafür allerdings nicht. Zudem gilt diese Regelung nur für die Pflege von Angehörigen der „schwersten Pflegestufe“, andere Pflegefälle werden nicht berücksichtigt.

Weiterhin gibt es restriktive Altersgrenzen, welche in Zeiten des lebenslangen Lernens nicht mehr zeitgemäß sind und daher abgeschafft werden sollten.

Allgemein muss das BAföG leichter zugänglich werden. Die Beantragung und die Verlängerung gleicht häufig einem Musterbeispiel für unnötig komplizierte Bürokratie. Nach wie vor

passt das BAföG sich nicht der Inflation an und muss alle paar Jahre durch Gesetzesänderungen entsprechend justiert werden.

Wir von der Juso-HSG verteilen die Rotation nicht, um miese Laune zu verbreiten. Wir sind auch weiterhin auf Bundesebene aktiv, um für euch ein besseres, gerechteres BAföG zu erreichen. Während des Gesetzgebungsprozesses führen wir mit den anderen

Juso Hochschulgruppen aus ganz Deutschland die #BAföGrauf Kampagne und haben dabei eine stärkere Erhöhung der BAföG-Sätze gefordert. Zudem vernetzen wir uns mit diversen Bündnispartner*innen sowie der Bundestagsfraktion und gehen mit klaren Forderungen in die Gespräche.

Wir fordern ein soziales BAföG, welches allen die Finanzierung ihres Studiums sichert. Kurzfristig sind dabei

die Fördersätze stark anzuheben und das BAföG mehr Menschen zugänglich zu machen. Langfristig fordern wir ein bedarfsdeckendes, elternunabhängiges BAföG für jede*n - ohne Altersrestriktion oder Regelstudienzeit.

Damit ihr ohne Geldsorgen so studieren könnt, wie ihr wollt.

Unsere Tipps für eure Semesterferien!

Vom 19.07. bis zum 21.10.2019 ist es wieder so weit: Semesterferien! Viele von uns gehen arbeiten, fahren in den Urlaub oder ganz klassisch zu ihren Eltern, Freund*innen und/oder Verwandten nach Hause. In dieser Zeit ist Göttingen wie ausgestorben. Die Fußgängerzone ist leer, in den Bussen findet man endlich mal wieder einen Sitzplatz und in den Supermärkten sind die Schlangen vor den Kassen nicht mehr unendlich lang. Ihr merkt, es lohnt sich auch mal in der vorlesungsfreien Zeit in Göttingen zu bleiben. Wir haben in 6 Kategorien Aktivitäten und Veranstaltungen für euch zusammengefasst, mit denen ihr die nächsten Semesterferien zu deinem absoluten Sommer Highlight machen kannst.

Göttingen entdecken

Göttingen von einer anderen Seite sehen und eine Stadtführung machen. Besonders zu empfehlen sind:

Rund ums Gänseliesel.

„Studentenleben“ zu Beginn des 19. Jahrhunderts.

Ein Gang durch Göttingens Unterwelt.

Weitere Stadtführungen und Infos findet ihr hier:

www.goettingen-tourismus.de/erleben/stadt-fuehrungen/fuehrungen-fuer-gruppen/themen-fuehrungen

Abkühlung in der Region

Dem heißen Sommerwetter im kühlen Nass entkommen. Am besten könnt ihr das im Rosdorfer Baggersee, im Naturerlebnisbad Grone und im Parkbad Weende.

Aktiv sein

Um nicht nur auf der faulen Haut zu liegen:

Mitmachen oder zuschauen beim Great Barrier Run am 14.9. oder das Bootshaus Wilhelmshausen buchen.

Natur genießen

Nichts ist schöner als die Natur. Einen Ausflug ins Freie kann man auch super mit etwas Historie verbinden. Besonders sehenswert:

Die Burg Plesse, der Bismarckturm und die Botanischen Gärten, das Industriedenkmal Saline Luisenhall und die Wasserspiele im Bergpark Wilhelmshöhe in Kassel

Kultur erleben

Die nächste Kategorie beschäftigt sich mit dem Thema Kultur. Besonders Schmankerl sind:

Das Open Air Kino im Freibad Brauweg (www.lumiere.de), der Planetenweg (www.planetarium-goettingen.de/ Planetenweg) und Rock am Kaufpark am 10.8. (www.rock-am-kaufpark.de).

Politisch unterwegs

Sommer, Sonne, Antifa -

Göttingen hat wieder ein Naziproblem; Deutschland und die EU schotten sich nach außen hin ab, der Klimawandel schreitet immer schneller voran.

Haltet die Augen offen und unterstützt die Initiativen wie die Seebrücke, Fridays for Future oder vernetzt euch auf lokalen Demos gegen die derzeitigen Naziumtriebe in Göttingen und darüber hinaus. Natürlich gibt es noch viel mehr Möglichkeiten sich zu engagieren. Also seid kreativ und bringt euch ein!

Semesterticket nutzen

Oder fahrt ans Meer nach Cuxhaven, Norddeich oder Lübeck und genießt ein paar Tage am Strand.

Oder doch lieber einen Städetrip? Mit dem Semesterticket kommt ihr u.a. nach Münster, Magdeburg, Bremen oder Hamburg. Ihr könnt mit dem Semesterticket sogar bis in die Niederlande, nach Hengelo fahren.

